Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Diplomat rechnet mit Merz ab: Der eigenen Propaganda aufgesessen
2. The End for Zelensky?
3. Sieg statt Abschreckung – Die neue Kriegslogik der US Army. Gastbeitrag von Arno Gottschalk
4. Der Dritte Weltkrieg läuft bereits – Nicht jeder hat es begriffen
5. Der wahre Plan hinter Putins Krieg
6. Krieg in Zivil
7. Orwell in Israel
8. Verteilungskampf
9. Perspektive Altersarmut
10. Massenkündigungen bei Lieferando: 2000 Fahrer gefeuert
11. Elitenforscher: „An die Spitze Deutschlands kommen nur die oberen vier Prozent“
12. Die Sesselkleberin
13. Negative US-Leistungsbilanz: Gut für die USA, gut für die Welt?
14. Netzkosten haben sich seit 2015 verdoppelt
15. Stuttgart-21-Start soll teilweise auf 2027 verschoben werden
16. Das Letzte: Forscher möchte Rentner in soziale Arbeit stecken: „In die Pflicht“ nehmen

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Diplomat rechnet mit Merz ab: Der eigenen Propaganda aufgesessen**
   Wer Kriege beenden oder künftige verhindern will, braucht ein klares Lagebild und genaue Kenntnis der Positionen und Möglichkeiten aller Akteure. Wer Gefangener eigener Propaganda ist, wird nichts erreichen. […]

Der westliche Diskurs über die Ziele aller Akteure in der Ukraine und darüber hinaus zeichnet sich durch ein stupendes Maß an Unklarheit und Unschärfe aus. Dass dies zu Missverständnissen, Fehlkalkulationen und Aneinandervorbeireden, im schlechtesten Fall zum Zusammenbruch jeglicher Kommunikation, zur Intensivierung von Feindschaft und zur Verunmöglichung verhandlungsgesteuerter Konfliktlösung führen kann, wird viel zu wenig wahrgenommen.
Quelle: Berliner Zeitung

2. **The End for Zelensky?**
   Washington wants the Ukrainian president to leave office—will it happen?
   In fall of 2023, Ukrainian General Valerii Zaluzhnyi, the commander in chief of the country's armed forces, gave an interview to the Economist and declared the war with Russia had become a "stalemate." It took three months for President Volodymyr Zelensky to fire him. The general, who is the most popular public figure in Ukraine, was named ambassador to London a month later and has served there with distinction, if quietly.
   Zaluzhnyi is now seen as the most credible successor to Zelensky. I have been told by knowledgeable officials in Washington that that job could be his within a few months. Zelensky is on a short list for exile, if President Donald Trump decides to make the call. If Zelensky refuses to leave his office, as is most likely, an involved US official told me: "He's going to go by force. The ball is in his court." There are many in Washington and in Ukraine who believe that the escalating air war with Russia must end soon, while there's still a chance to make a settlement with its president, Vladimir Putin.
   Quelle: Seymour Hersh (Bezahlschranke)

   dazu: **Ukrainians have lost faith in Zelensky**
   The recent spate of arrests and searches against Zelensky loyalists suggest serious political infighting at the heart of the Kyiv government – and also a reckless readiness to take down prominent critics both inside and outside the state, regardless of how it looks to the outside world. Perhaps the most shocking of all the recent arrests is that of Vitaliy Shabunin, one of Ukraine's most prominent anti-corruption activists, who has been charged with evading military service and fraud. Shabunin, the chair of the Anti-Corruption Action Centre executive board and a leading watchdog of military corruption, attacked the government soon after this arrest.
   'Taking advantage of the war, Volodymyr Zelensky is taking the first but confident steps towards corrupt authoritarianism,' Shabunin wrote on Telegram.
   Quelle: The Spectator (Bezahlschranke)

   dazu auch: **Selenskyj schlägt Moskau neue Verhandlungen vor**

In die Verhandlungen um eine Feuerpause könnte Bewegung kommen: Kiew schlägt Moskau neue Gespräche in der kommenden Woche vor. Eine bedingungslose Waffenruhe ist aber nicht in Sicht – Moskau stellt Maximalforderungen.
Quelle: tagesschau

3. **Sieg statt Abschreckung – Die neue Kriegslogik der US Army. Gastbeitrag von Arno Gottschalk**
   Die US Army denkt Krieg neu. Was sich hinter dem Begriff „Multi-Domain Operations" (MDO) verbirgt, ist nicht bloß ein weiteres Modernisierungsprogramm, sondern ein radikaler strategischer Paradigmenwechsel. Ziel ist nicht mehr, Konflikte zu begrenzen oder abzuschrecken – sondern sie zu dominieren. Und zwar schnell, global und notfalls im Alleingang. Das offizielle Ziel: Siegfähigkeit gegen gleichrangige Gegner wie Russland oder China.
   Die neue US-Doktrin setzt auf „Entscheidungsdominanz" – durch Informationsüberlegenheit, Technologieführerschaft und eine militärische Präsenz, die alle Räume umfasst: Land, Luft, See, Weltraum, Cyber, Elektrospektrum – und den Kopf des Gegners. Die US Army will jederzeit zuschlagen können, mit maximaler Wirkung und minimaler Reaktionszeit. Wer zuerst wirkt, gewinnt.
   Quelle: Blog der Republik
4. **Der Dritte Weltkrieg läuft bereits – Nicht jeder hat es begriffen**
   Viele sprechen heute davon, dass die Menschheit auf einen "Dritten Weltkrieg" zusteuert, und meinen damit, dass etwas Ähnliches wie im 20. Jahrhundert vor uns liegt. Der Krieg ändert jedoch ständig sein Aussehen. Er wird weder wie im Juni 1941 (eine groß angelegte militärische Invasion) noch wie im Oktober 1962 während der Kubakrise in Form eines massiven Atomschlags befürchtet über uns kommen.
   In Wirklichkeit ist der Weltkrieg schon da, auch wenn es nicht jeder begriffen hat. Die Vorkriegszeit endete für Russland im Jahr 2014, für China im Jahr 2017 und für den Iran im Jahr 2023. Seitdem sind die Ausbreitung und die Intensität des modernen Krieges im Wachsen begriffen.
   Quelle: Dmitri Trenin in RT DE

   Anmerkung Christian Reimann: *Demnach hätte sich die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges in etwa wiederholt und zahlreiche Menschen wären quasi „schlafwandelnd" erneut in einem Weltkrieg gelandet.*

   dazu: **Warnsignale überhört? Teil 2**
   Julikrise 1914 und Juli 2025: Wenn Geschichte plötzlich Gegenwart wird (…)
   Es gibt Parallelen zwischen 1914 und der Situation 2025, insbesondere im Hinblick auf die Wahrnehmung und das Bewusstsein einer akuten Kriegsgefahr:

Quelle: Wolfgang Effenberger in apolut

dazu auch: **Ein gefährlicher Nachbar: London plant die Zerstörung Berlins**
Um es ganz klar zu sagen: Es handelt sich um eine Entscheidung zur Vorbereitung eines Krieges gegen uns. Deutschland sorgt für die Rüstungsindustrie, England für die Finanzen und den nuklearen Schutzschild. Politico bringt es auf den Punkt:
"Starmer und Merz haben ihre Nische gefunden: den Krieg."
Unklar ist nur, von welcher Freundschaft sprechen die Staatschefs von Ländern, die seit Jahrhunderten in gegenseitigem Hass leben und Hunderttausende Menschen der jeweils anderen Nation getötet haben?
Quelle: Wiktorija Nikiforowa in RT DE

5. **Der wahre Plan hinter Putins Krieg**
Der russische Diktator strebt einen Zusammenbruch der Nato an, um Europa zu dominieren. Bislang ist er mit seinem Plan auf Kurs. Es ist erstaunlich, wie wenig Europa Putin entgegensetzt. Dabei gäbe es eine erfolgversprechende Strategie.
In der deutschen Öffentlichkeit wird – ganz im Sinne der russischen Propaganda – ein Gefühl vermittelt, die Ukraine sei zum Untergang verdammt, was immer der Westen tue. Das Szenario eines militärischen Sieges des überfallenen Landes mit westlicher Unterstützung wird als unrealistisch, ein russischer Gewinn des Krieges als unvermeidlich dargestellt – gerne unter Hinweis auf die "europäischen Statisten" und die "kriegsmüden" USA, die sich auf China konzentrierten.
Schon deshalb wäre es ein Fehler, den Forderungen nachzugeben, Russland die Ukraine oder auch nur ein Stück von ihr zu überlassen. Der Westen würde damit Putins Aggression belohnen und seine Unfähigkeit demonstrieren, den Diktator entschlossen – im Notfall mit militärischer Gewalt – zu bekämpfen. Nicht nur Russland bekäme dann grünes Licht zu rauben, was Putin begehrt. China würde sich ermuntert fühlen, es ihm gleichzutun. Damit wäre das Ende der Weltordnung besiegelt, die über Jahrzehnte Konflikte wie den um Taiwan in Schach hielt.
Quelle: n-tv

Anmerkung unseres Lesers J.M.: *Hier sehen wir etwas, das die Mainstream-, bzw. "Qualitäts"-Medien ständig den Alternativmedien vorwerfen: Ein Meisterstück der Schwurbelei.*

6. **Krieg in Zivil**
Auf dem Weg zur Kriegstüchtigkeit nehmen Politiker und Militärs forciert das zivile Leben ins Visier. Die Phase des Mindsettings, also der Versuch einer Konditionierung der Bevölkerung zur Akzeptanz von Kriegen als politisches Mittel, ist weit

vorangeschritten. Es wird jetzt ergänzt von einem verstärkten Eingriff in das zivile Leben. Appelle an die Bevölkerung, sich für Krisenzeiten ausreichend mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs zu versorgen, kommen noch relativ schlicht daher. Etwas anderes ist es aber, wenn chronisch klamme Kommunen von den Landesregierungen aufgefordert werden, Strukturen der Zivilverteidigung sicherzustellen.
Quelle: Bernhard Winter in junge Welt

7. **Orwell in Israel**
   Israelischer Neusprech: Von der Umbenennung eines geplanten Konzentrationslagers in eine "humanitäre Stadt".
   Der israelische Verteidigungsminister Israel Katz hat eine Idee: Er will (im Einvernehmen mit dem Premierminister) eine "humanitäre Stadt" im Gazastreifen errichten. Es handelt sich um ein Gelände im Rafah-Bezirk des Gazastreifens, auf welchem rund 600.000 Palästinenserinnen und Palästinenser in Zelten "konzentriert" werden und "humanitäre Hilfe" erhalten sollen. Die Hamas wird an dieser Versorgung nicht beteiligt sein, womit sie die Kontrolle über die Versorgung verlieren würde. Parallel dazu soll ein "Mechanismus zur Förderung der Emigration aus dem Gazastreifen" errichtet werden. Die in diese "humanitäre Stadt" einziehenden Menschen werden strengstens untersucht werden; danach wird ihnen das Verlassen der "Stadt" versagt bleiben, es sei denn, sie wollen "freiwillig" emigrieren. Menschenrechtsorganisationen haben darauf hingewiesen, dass es sich um eine "aufoktroyierte Evakuierung" handeln könnte, die dem Völkerrecht widerspreche. Juristen haben zu bedenken gegeben, dass eine solche Anweisung zur Konzentration der Gaza-Bevölkerung einen eindeutig rechtswidrigen Befehl darstelle, dessen Verwirklichung als Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen sei; sie könnte unter gewissen Umständen zum Völkermord ausarten.
   Quelle: Moshe Zuckermann auf Overton Magazin

   dazu: **Gaza verhungert**
   Dutzende Einwohner in palästinensischer Enklave sterben an Nahrungsmangel oder beim Versuch, Essen zu bekommen. Israel weitet unterdessen Krieg aus.
   Quelle: junge Welt

   dazu auch: **Zweistaatenlösung begraben**
   Westbank mit israelischem Siedlungsprojekt »E 1« final durchtrennt und Ostjerusalem abgeschnürt.
   Quelle: Helga Baumgarten in junge Welt

8. **Verteilungskampf**

a. **Der letzte Sommer vor dem großen Verteilungskampf**
Der Kanzler hat in der vergangenen Woche große Sozialstaatsreformen in den Bereichen Rente, Gesundheit, Pflege und „Bürgergeld“ angekündigt und die Deutschen auf eine „Kraftanstrengung“ eingestimmt. Das klingt teuer. Und wird es auch – denn wenn Merz seinen angedeuteten Kurs nicht noch in Teilen korrigiert, dürfte am Ende vor allem „die arbeitende Mitte“ bluten, die er eigentlich kräftig entlasten wollte.
Quelle: WirtschaftsWoche

b. **Merz und die Mieten**
Was passiert, wenn Bürgergeldberechtigten die Wohnkosten gekürzt werden? Welche Kosten verursachen die Einsparungen? Und was würde wirklich helfen? (…)
Sein Spin war klar: Sozialhilfeempfänger lebten in staatlich finanzierten Luxuswohnungen. Das hat mit der Realität selbstverständlich nichts zu tun. Jeder achte Haushalt im Bürgergeldbezug bekommt nicht die tatsächlichen Wohnkosten vom Amt bezahlt, sondern gibt sogar noch etwas aus dem Regelsatz dazu, wie durch eine Anfrage der Linksfraktion herauskam.
Die Mietzahlungen der Jobcenter hängen von Haushaltsgröße und Region ab – übernommen werden nur die Kosten, die als angemessen gelten. Das ist in Großstädten wie München mehr als in ländlichen Regionen.
Quelle: taz

c. **Grund ist nur die Explosion der Mieten**
Der Vorstoß von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), die vom Staat erstatteten Wohnkosten für Bürgergeld-Empfänger zu begrenzen, sorgt weiter für heftige Debatten. Scharfe Kritik kam am Freitag selbst vom Koalitionspartner. „Wir müssen endlich aufhören, zu glauben, dass wir den Staat auf Kosten der Bürgergeldbezieher sanieren könnten. Das ist schlichtweg falsch“, sagte SPD-Generalsekretär Tim Klüssendorf dem Portal t-online.
Tatsächlich sind die Wohnkosten, für die der Staat aufkommt, ein hoher Kostenfaktor. Laut der Bundesagentur für Arbeit wurde im März dieses Jahres 1,75 Milliarden Euro an Kosten für die Unterkunft anerkannt. Das war 1,15 Prozent mehr im Vorjahresmonat. Und sogar 24 Prozent mehr als vor fünf Jahren. Doch woran liegt der Anstieg der Kosten? Um das zu analysieren, hat sich die taz die Zahlen der Bundesagentur näher angeschaut.
Quelle: taz

d. **100 Quadratmeter-Wohnung für Singles: Das sagen Jobcenter zum Bürgergeld-Aufreger**
Merz empört sich über Bürgergeld-Empfänger mit teuren Mieten und großen

Wohnungen. Die gibt es tatsächlich. Das eigentliche Problem ist aber der Wohnungsmarkt.
Quelle: Focus Online

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Eine überraschend sachliche und differenzierte Einordnung von Merz neuerlicher Hetze gegen Bürgergeld-Bezieher, diesmal die mit den angeblich zu großen und zu teuren Wohnungen. Ein Bundeskanzler, der solche pauschale und auch noch völlig ungerechtfertigte Hetze vor Millionenpublikum unter die Leute bringt, ist vollkommen fehl am Platz.*

e. **Bürgergeld-Reform: Merz legt bei Empfängern nach**
Bei seiner Sommerpressekonferenz am Freitag hat Kanzler Friedrich Merz viele Punkte angesprochen. Angesichts der Milliardendefizite in den sozialen Sicherungssystemen stimmte er wie bereits im "ARD-Sommerinterview" die Menschen in Deutschland erneut auf größere Lasten bei Rente, Krankenkasse und Pflege ein.
"Die Bevölkerung muss wissen, dass für Altersversorgung, Vorsorge für die eigene Gesundheit, Gesundheitsversorgung und Pflegebedürftigkeit im Alter auch höhere Anstrengungen von uns allen unternommen werden müssen", sagte Merz in Berlin. Dies sei "nicht alleine mit Geld vom Staat zu tun und zu leisten".
Quelle: t-online

Anmerkung Christian Reimann: *Der Staat soll weniger für sozialpolitische Zwecke ausgeben. Aber die Empfängerinnen und Empfänger von Bürgergeld müssen – weil über Steuern bzw. „Sondervermögen" finanziert – ihren Finanzanteil für Rüstung und militärisch nutzbare Infrastruktur geben/leisten. Das ist typisch für BlackRock-Kanzler Merz – den Reichen geben und den Armen nehmen. Mit christlicher Nächstenliebe bzw. Soziallehre hat das allerdings gar nichts zu tun. Merz und seine Regierung dient damit dem „America first"-Prinzip von US-Präsident Trump, aber nicht den deutschen Interessen.*

9. **Perspektive Altersarmut**
Die Altersrente reicht allein oft nicht für den Lebensunterhalt. So mussten in diesem März nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) rund 742.400 Rentner zusätzlich die »Grundsicherung im Alter« beziehen. Gegenüber dem Vorjahresmonat waren das gut 23.000 mehr Menschen.
Über diese nicht ganz aktuellen Zahlen berichtete am Dienstag Bild, da sich die BSW-Gründerin Sahra Wagenknecht nun dazu äußerte. Sie bezeichnete die Entwicklung,

wonach die Zahl der auf Grundsicherung im Alter angewiesenen Senioren von 569.865 im März 2021 bis heute um mehr als 172.500 angestiegen sei, als Skandal
Quelle: junge Welt

dazu: **Großteil der Anträge auf Mittel aus dem Härtefallfonds wurde abgelehnt**
Aus dem Härtefallfonds für bedürftige Rentnerinnen und Rentner in Deutschland haben deutlich weniger Menschen als ursprünglich erwartet Geld bekommen. Dies geht aus Zahlen hervor, die die Linksfraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt bei der Stiftung Härtefallfonds erfragt hat. Rund 57.000 Menschen in Deutschland wurde demnach der Antrag auf Unterstützung aus dem Fonds bewilligt. Etwa 94.700 Anträge wurden dagegen abgelehnt.
Zum Vergleich: Die Bundesregierung ging zum Start des Fonds im Jahr 2023 von 180.000 bis 190.000 Menschen mit berechtigten Ansprüchen aus, darunter 50.000 bis 70.000 ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner. Von den eingeplanten 500 Millionen Euro seien nur 162,5 Millionen ausgezahlt worden, teilte die Stiftung Härtefallfonds mit. Die übrigen 337,5 Millionen flössen an den Bundeshaushalt zurück.
Quelle: Zeit Online

10. **Massenkündigungen bei Lieferando: 2000 Fahrer gefeuert**
Es wird wieder gestreikt. Diesmal sind es die Kuriere beim Essenslieferdienst Lieferando, die sogenannten Rider. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hatte zum bundesweiten Warnstreik bei Lieferando aufgerufen. Auf der Frankfurter Hauptwache fand am Donnerstagnachmittag die zentrale Kundgebung für Frankfurt, Offenbach, Mainz und Darmstadt statt. Hier streikten die Rider vom Nachmittag bis Mitternacht.
Unter anderem wird ein Tarifvertrag gefordert, doch darauf gehe Lieferando nicht ein, so der Vorwurf. „Seit mehr als zwei Jahren stellt sich Lieferando taub. Gerade nach der hohen Inflation der vergangenen Jahre ist ein Tarifvertrag mehr als überfällig“, sagte NGG-Gewerkschaftssekretärin Rhein-Main Anna Langensiepen. Die NGG fordert Lieferando zudem auf, den Aufbau einer „Schattenflotte“ sofort auszusetzen und schon vorhandene Strukturen zurückzubauen.
Quelle: FR Online

dazu: **Luisa Neubauers Bruder schickt 2.000 Lieferando-Fahrer in die Arbeitslosigkeit**
In Deutschland gilt Lieferando, die bekannteste Plattform für Essenslieferung, seit Jahren als knallharter und skrupelloser Arbeitgeber im Bereich des Niedriglohnsektors. Die niederländische “Just Eat Takeaway Gruppe” machte dabei im Jahr 2021 einen globalen Umsatz von rund 4,5 Milliarden Euro und ist mit der Marke

Lieferando in Deutschland Marktführer. Im Juni des Vorjahres erhielt die deutsche Geschäftsführung einen neuen Kopf, Lennard Neubauer, älterer Bruder der Berufsempörten Luisa Neubauer. Medien berichten nun über eine drastische Entlassungswelle und den geplanten Wechsel auf noch günstigere Fahrer aus Subunternehmen.
Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Eine schrecklich nette Familie.*

11. **Elitenforscher: „An die Spitze Deutschlands kommen nur die oberen vier Prozent“**
Trotz politischer Umbrüche in den letzten 150 Jahren sind Deutschlands Eliten die gleichen geblieben. Der Soziologe Michael Hartmann kritisiert, dass nur vier Prozent der Bevölkerung das Land formen. Er fordert eine Arbeiterkind-Quote für Vorstände.
Quelle: Deutschlandfunk Kultur
12. **Die Sesselkleberin**
Ursula von der Leyen hat ein Misstrauensvotum überstanden — eine schlechte Nachricht für den Frieden und Europas Zukunft.
Sie steht für Korruption, „Kriegstüchtigkeit“, verstärkte Kontrolle der Bürger und Elitenherrschaft. Ursula von der Leyen hat den unter dem Namen „Corona“ bekannten Angriff auf die Freiheit der Europäer mitgetragen und nebenbei viel Geld in die Taschen von Pfizer-Chef Boula gespült, mit dem sie ein Herz und eine Seele ist. Sie opfert die Sicherheit der ihr anvertrauten Menschen und die wirtschaftliche Prosperität Europas den Interessen der Ukraine. Sie ist eine Lobbyistin der grünen Ökonomie mit dem Mindset einer Klimakleberin — vor allem aber klebt sie trotz diverser mit ihr in Zusammenhang gebrachter Skandale auf ihrem Sessel als EU-Kommissionspräsidentin.
Quelle: Uwe Froschauer in Manova
13. **Negative US-Leistungsbilanz: Gut für die USA, gut für die Welt?**
Der Zollstreit zwischen den USA und der EU hat die Debatte über die Wirkung der US-Leistungsbilanzdefizite neu entfacht. Teilweise werden diese Defizite kritisch gesehen, nicht selten aber auch als vorteilhaft für die USA und unabdingbar für die Weltwirtschaft. Letzteres aber ist zweifelhaft.
Der US-amerikanische Präsident Donald Trump ist nicht gerade für scharfsinnige theoretische Analysen bekannt, die zu bedeutenden Erkenntnisfortschritten geführt haben. Er hat jedoch eine wichtige Diskussion über den Außenhandel und die Leistungsbilanzsalden angestoßen. Tatsächlich zeigen sich bei den Leistungsbilanzen große außenwirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen den Ländern. Während etwa

die USA in den 40 Jahren von 1985 bis 2024 nur in einem einzigen Jahr einen Leistungsbilanzüberschuss aufwiesen, ansonsten aber (zumeist hohe) Leistungsbilanzdefizite, ist die deutsche Leistungsbilanz seit über 20 Jahren stets positiv.
Quelle: Günther Grunert in Makroskop

Anmerkung unseres Lesers T.R.: *Vorzüglicher, informativer Artikel mit neuen und interessanten Aspekten.*

14. **Netzkosten haben sich seit 2015 verdoppelt**
Die Kosten für den Betrieb der Stromnetze in Deutschland haben sich binnen eines Jahrzehnts mehr als verdoppelt. Wie aus Zahlen der Bundesnetzagentur hervorgeht, belaufen sich die Netzentgelte, die von Haushalten und Unternehmen getragen werden, in diesem Jahr auf rund 33 Milliarden Euro – 2015 waren es noch 15,9 Milliarden Euro. Erfasst sind in den Zahlen die Entgelte der großen Netzbetreiber, kleinere Versorger unterhalb der Regulierungsgrenze der Netzagentur sind nicht enthalten.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung Christian Reimann: *Dieser Kostenanstieg ist in der Tat „inakzeptabel". Er ist eine Folge der sog. Energiewende. Wäre es nicht günstiger und sinnvoller, neben günstigen Energieträgern aus Russland auch zu fordern, dass Kraftwerke dort errichtet werden, wo sie benötigt werden?*

15. **Stuttgart-21-Start soll teilweise auf 2027 verschoben werden**
Das Bahnprojekt Stuttgart 21 soll teilweise erst 2027 in Betrieb gehen und damit später als geplant. Der Fernverkehr und ein Teil des Regionalverkehrs werden wie angekündigt ab Dezember 2026 in den neuen Tiefbahnhof fahren, ein Teil des Regionalverkehrs endet dagegen bis Juli 2027 weiter im alten oberirdischen Kopfbahnhof, wie die Deutsche Bahn (DB) in Stuttgart mitteilte.
Als Grund für die schrittweise Inbetriebnahme nennt das Unternehmen die Entzerrung von Sperrungen, die wegen der Arbeiten für den Anschluss der neuen Infrastruktur an die bestehenden Strecken nötig sind. Damit könne man die Beeinträchtigungen für die Fahrgäste so gering wie möglich halten, sagte DB-Infrastrukturvorstand Berthold Huber. Bislang war geplant worden, den Tiefbahnhof im Dezember 2026 vollständig in Betrieb zu nehmen und den Betrieb im alten Kopfbahnhof einzustellen.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung Christian Reimann: *S21 ist lediglich ein Beispiel von vielen.*

Bauprojekte in Deutschland werden nicht fristgerecht fertiggestellt oder/und sind wesentlich teurer als von der ursprünglichen Planung vorgesehen. Massive Kritik gegen dieses Bauvorhaben hat es von Anfang an gegeben – und ist vielfach bestätigt worden. Bitte lesen Sie dazu z.B. auch bzw. erneut:

a. *Kalkulierte Katastrophe. Stuttgart 21 war schon bei Vertragsabschluss ein Milliardengrab*
b. *Die Grünen und S21 – von Hoffnungsträgern zu Tätern*

16. **Das Letzte: Forscher möchte Rentner in soziale Arbeit stecken: „In die Pflicht" nehmen**
Nach der Debatte um den „Boomer-Soli" fordert Jugendforscher Klaus Hurrelmann einen Pflichtdienst für ältere Menschen. Rentner sollten sich laut ihm nach Ende ihres Berufslebens gesellschaftlich einbringen. Im Interview mit dem Spiegel spricht er sich für einen sozialen Pflichtdienst aus, den fitte Senioren übernehmen könnten.
Quelle: Der Westen

Anmerkung unseres Lesers A.L.: *Das schlägt dem Fass den Boden aus…*

dazu auch: **Letztes Aufgebot des Tages: Seniorenpflichtjahr**
Der Nachrichtensender N-TV fragte am Sonntag: »Wie wäre es, wenn Senioren vor dem Renteneintritt ein soziales Pflichtjahr absolvieren müssten?« Ja, wie wohl? Oma Erna wischt nach der Hip-Hop-Night im Jugendklub den Boden, und ihr Mann Fritz liegt zu Hause in den Federn, weil er zuvor im selbigen Klub die Musik aufgelegt hat. Kennen wir, oder? Aber der Meinungsverbreiter meint das ernst, wenn er aus dem Spiegel den Jugendforscher Hurrelmann zitiert:
Quelle: junge Welt